

# Berlin hat auch während des aktuellen Iran-Kriegs Waffen an den Staat Israel verkauft

Alessandro Avisato, contropiano.org, 18.04.26

**Trotz der militärischen Eskalation im Nahen Osten und des zunehmenden innenpolitischen Drucks hat Deutschland gerade in den ersten Wochen der von US-amerikanischen und israelischen Streitkräften geführten Offensive gegen den Iran Waffenexporte in den Staat Israel im Wert von 7,8 Millionen Dollar (6,6 Millionen Euro) genehmigt.**

Die Daten, die vom deutschen Wirtschaftsministerium als Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Oppositionspartei Die Linke veröffentlicht wurden, beziehen sich auf den Zeitraum vom 28. Februar bis zum 27. März 2026. Genau der 28. Februar markiert den Beginn der groß angelegten Bombardierungskampagne gegen iranisches Gebiet. <sup>1</sup>

Im September 2025 reichte eine Berliner Anwaltsgruppe, unterstützt von internationalen Organisationen wie dem *European Legal Support Center (ELSC)*, bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe eine Strafanzeige gegen Bundeskanzler Friedrich Merz und zehn weitere hochrangige Regierungsvertreter ein.

Obwohl die Summe von 7,8 Millionen Dollar im Vergleich zu den Rekordvolumina der Vergangenheit als „bescheiden“ gilt, wirft diese Zahl schwerwiegende politische Fragen auf. Zwischen Oktober 2023 und Mai 2025 genehmigte Berlin Kriegslizenzen im Wert von über 571 Millionen Dollar und bestätigte damit seine Position als zweitgrößter Waffenlieferant des zionistischen Staates nach den Vereinigten Staaten.

Der Prozess der deutschen Lieferungen verlief jedoch nicht ohne Turbulenzen. Im August 2025 verhängte Berlin ein teilweises Lieferverbot für Waffen, die in Gaza eingesetzt werden könnten, nachdem dem Staat Israel Völkermord vorgeworfen worden war und es zu massiven Solidaritätskundgebungen mit dem palästinensischen Volk gekommen war.

Das Verbot wurde jedoch nach dem Waffenstillstandsabkommen im Oktober schnell wieder aufgehoben. In den folgenden Monaten stiegen die Genehmigungen für Waffenlieferungen

sprunghaft auf 166,95 Millionen Euro. Und heute musste die Regierung zugeben, dass auch während der Sperrfristen Lizenzen im Wert von rund 12,4 Millionen Dollar erteilt wurden.

Hinzu kommt nun die Kritik am Waffenverkauf an den Staat Israel, während Tel Aviv einen aggressiven und unprovokierten Angriff auf den Iran unternahm, während dessen Führung offiziell mit den USA verhandelte. Und dies beweist nur, dass die Komplizenschaft der westlichen Mächte bei diesem Krieg strukturell, materiell und andauernd ist, trotz der zweideutigen Erklärungen, mit denen sie sich von den Angriffen auf die Islamische Republik zu distanzieren. Zudem erfolgt die Veröffentlichung der Daten zu einem Zeitpunkt, an dem die Regierung besonders angreifbar ist.

Im September 2025 reichte eine Berliner Anwaltsgruppe, unterstützt von internationalen Organisationen wie dem *European Legal Support Center (ELSC)*, bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe eine Strafanzeige gegen Bundeskanzler Friedrich Merz und zehn weitere hochrangige Regierungsvertreter ein.

Zu den Beschuldigten zählen auch der ehemalige Bundeskanzler Olaf Scholz sowie die ehemaligen Minister Annalena Baerbock und Robert Habeck. Die in einem rund hundertseitigen Dokument detailliert dargelegte Anklage lautet auf Beihilfe zum Völkermord in Gaza, wobei erklärt wird, dass die deutschen Regierungschefs durch die systematische Genehmigung von Militärlieferungen Kriegsverbrechen begünstigt hätten.

Während das deutsche Grundgesetz theoretisch die Lieferung von Waffen in Kriegsgebiete verbieten würde, beruft sich die Regierung weiterhin auf die „besondere Verantwortung“ Deutschlands gegenüber dem Staat Israel, die mit der historischen Erinnerung an den Holocaust verbunden sei und die in gewisser Weise die Sicherheit des „jüdischen Staates“ im deutschen Staatsinteresse verankere.

Doch der Angriff auf den Iran und die Besetzung des Südlibanon offenbaren die sowohl von Berlin als auch von Tel Aviv betriebene Instrumentalisierung des von den Nazis im Zweiten Weltkrieg begangenen Völkermords. Diese tragische Erinnerung wird zum Mittel für Aggressionen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ethnische Säuberungen. All dies im Dienste imperialistischer Interessen in Westasien.

Auch gegenüber dem Iran erledigt der Staat Israel die „Drecksarbeit“ für die europäischen Regierungen, wie Merz in Bezug auf den Völkermord in Gaza sagte.

<sup>1</sup> Link zur Anfrage der Linkspartei:

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/052/2105249.pdf#page=80>

2 <https://elsc.support/the-time-for-accountability-is-now-criminal-complaint-against-german-government-officials-for-aiding-and-abetting-israels-genocide-in-gaza/>

Inzwischen klagt ELSC auch gegen den deutschen Verfassungsschutz

<https://elsc.support/elsc-is-taking-legal-action-against-german-domestic-intelligence-services-for-surveilling-palestine-solidarity-groups/>

Quelle: <https://contropiano.org/news/internazionale-news/2026/04/18/berlino-ha-venduto-armi-a-israele-durante-la-guerra-in-iran-0194136>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de